

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 90 Rp.

Liechtenstein gratuliert der UNO mit Briefmarken-Strauss

Auftakt zum 50jährigen Jubiläum der Vereinten Nationen mit Herausgabe einer Sonderbriefmarke – Verschiedene Aktivitäten

(G.M.) – Die Vereinten Nationen können in diesem Jahr das 50jährige Bestehen feiern. Das Fürstentum Liechtenstein ist seit fünf Jahren UNO-Mitglied. Die nationalen Aktionen zum UNO-Jubiläum beginnen in unserem Land mit der Herausgabe einer Sonderbriefmarke. Bis zum 24. Oktober, dem Gründungstag der Vereinten Nationen, der am New Yorker UNO-Hauptsitz mit einer grossen Jubiläumsveranstaltung begangen wird, sollen weitere Aktivitäten die Bevölkerung auf das Jubiläum aufmerksam machen.

Das Fürstentum Liechtenstein gratuliert den Vereinten Nationen mit einem grossen, farbigen Blumenstrauss, der – zusammengebunden mit einem Band in den rot-blauen Landesfarben – eine Sonderbriefmarke in Verbindung mit dem Jubiläumselement der UNO zielt. An der Präsentation dieser Briefmarke wird Fürst Hans-Adam II. am Montag im Rahmen eines Festaktes im Rathausaal in Vaduz das erste Exemplar aus der Hand von Aussenministerin Dr. Andrea Willi erhalten.

Fürst Hans-Adam II. als UNO-Verfechter

Den Beitritt zur UNO verdankt das Fürstentum Liechtenstein vor allem den jahrelangen Bemühungen von Fürst Hans-Adam II. Unermüdlich wies er bereits als Erbprinz bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Vorteile eines UNO-Beitritts Liechtensteins hin, um die Souveränität des Kleinstaates durch das Weltforum absichern zu lassen. «Rühriger Fürst, zögerndes Volk», hiess es in der Zeitschrift «Vereinte Nationen» 1990, als die einzelnen Schritte des Fürstentums Liechtenstein in die UNO nachgezeichnet wurden. Der Fürst selbst erklärte nach der Aufnahme Liechtensteins am 18. September 1990, der UNO-Beitritt sei «der krönende Abschluss eines langen Weges, den ein Kleinstaat ohne jegliche militärische Macht über Jahrhunderte zurückgelegt hat, aus unsicheren und armseligen Anfängen im

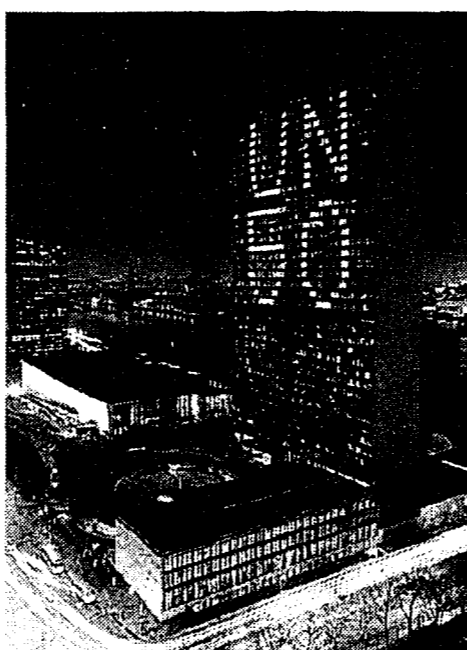
Mittelalter bis zum glücklichen Wohlstand und zur weltweiten Anerkennung seiner Souveränität am Ende des 20. Jahrhunderts».

Absicherung der Souveränität

Die Erhaltung der Eigenständigkeit lag dem Fürsten, der schon anfangs der siebziger Jahre inoffizielle Sondierungsgespräche am UNO-Hauptsitz in New York führte, besonders am Herzen. In seiner ersten Thronrede beauftragte er 1985 einen baldigen UNO-Beitritt Liechtensteins. «Für einen kleinen Staat ist die Aussenpolitik das wichtigste Instrument», betonte er mehrfach, «mit dem er sein Selbstbestimmungsrecht und seine Unabhängigkeit bewahren kann». Sein Einsatz für die Absicherung der Souveränität war offensichtlich geprägt von den Diskussionen innerhalb der Vereinten Nationen über die Aufnahme von sogenannten Mikrostaaten nach der Entlassung einiger Klein- und Kleinststaaten in die Unabhängigkeit als Folge der Dekolonialisierung. Obwohl dem US-Vorschlag, für Staaten mit weniger als 100 000 Einwohnern und weniger als 500 Quadratkilometern Fläche den Status assoziierter Mitglieder zu schaffen, der Durchbruch wegen Unvereinbarkeit mit der UNO-Charta nicht gelang, war dies doch ein wesentlicher Beweggrund für die vorsichtige Vorgangsweise Liechtensteins in der UNO-Frage.

Nachhaltige Wirkung der Völkerbund-Verweigerung

Noch stärker wirkte sich die Nicht-Aufnahme Liechtensteins in den Völkerbund aus. Am 17. Dezember 1920 lehnte die Vollversammlung des Völkerbundes den Aufnahmeantrag Liechtensteins praktisch geschlossen ab: Die Schweiz gab für das Nachbarland, für das sie erst kurze Zeit vorher die diplomatische Vertretung im Ausland übernommen hatte, die einzige Ja-Stimme ab, 28 Länder votierten dagegen, 13 Staaten enthielten sich der Stimme. Ein gewisses Unbehagen scheint diese Abstimmung aber



Die Vereinten Nationen werden dieses Jahr 50 Jahre alt, wie am Glaspalast in New York ersichtlich. Liechtenstein gratuliert der UNO mit der Herausgabe einer Sonderbriefmarke, die am Montag im Rahmen einer Feierstunde vorgestellt wird.

doch hervorgerufen zu haben, denn der englische Delegierte bemerkte nach der Entscheidung: «Es war nicht fair, einen Staat, nur weil er klein ist, völlig von einer Organisation der Länder der Welt auszuschliessen».

Die Verweigerung der Aufnahme hatte sich allerdings schon abgezeichnet, als vor einem Völkerbund-Unterausschuss Fragen nach der Souveränität des Kleinstaates, nach der Verfassung und dem schon 1868 abgeschafften Militär die Befürchtung andeuteten, der Antragsteller könne die Völkerbund-Verpflichtungen nicht erfüllen. Die ebenfalls aufgetauchte Frage nach der Staatsangehörigkeit der Mitglieder des Fürstenhauses hatte das Parlament schon 1919 geklärt. Der Landtag beschloss, dass sie – obwohl praktisch ausschliesslich in Österreich gelebt und teilweise auch im Dienst

der k. und k. Monarchie gestanden – liechtensteinische Staatsbürger seien. Damit waren die adelsfeindlichen Gesetze des Nachfolgestaates der Donaumonarchie nicht mehr auf sie anwendbar.

UNO-Beitritt mit Parlamentsbeschluss

Obwohl Liechtenstein schon seit 1950 dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag angehörte und nachfolgend verschiedenen Spezialorganisationen der UNO – wie dem Weltpostverein, der Fernmeldeunion, der Atomenergie-Agentur oder der Wirtschaftskommission für Europa – beitrug, blieb die Stimmung in der Bevölkerung eher ablehnend gegenüber einem UNO-Beitritt. Noch 1988 äusserten sich in einer Umfrage zwei Drittel der Befragten gegen diesen Schritt, wozu zweifellos auch die negative Volksentscheidung in der Schweiz 1986 beigetragen hatte. Nachdem die Regierung «nach eingehender Überprüfung» zur Auffassung gelangt war, dass wohl der Landtag seine Zustimmung zum UNO-Beitritt zu geben habe, dieser Beitrittsvertrag jedoch nicht der Volksabstimmung unterliege, vollzog sich das innerstaatliche Verfahren 1989 recht schnell. Sondierungen in New York hatten ergeben, dass dem Beitritt nichts entgegenstehen würde, worauf das Parlament im November eine Generaldebatte führte und bereits am 14. Dezember 1989 mit 14 zu 11 Stimmen den UNO-Beitritt beauftragte.

Aufnahme per Akklamation

Das Beitrittsgebet wurde am 10. August 1990 in New York eingereicht. Am 14. September äusserte sich der Sicherheitsrat positiv, am 18. September schlägt der Vorsitzende der UNO-Generalversammlung vor, auf eine Abstimmung zu verzichten und das Fürstentum Liechtenstein per Akklamation aufzunehmen. Um 16.07 Uhr Ortszeit wird Liechtenstein unter dem Beifall der Delegierten als 160. Mitglied in die UNO aufgenommen.

KOMMENTAR

Wenn es brenzlig wird für Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, dann folgt nicht die Argumentation und die sachliche Erklärung, sondern dann geht es mit dem Vorschlaghammer los. Die vom VOLKSBLATT wiedergegebene Erklärung des Vereins Kindertagesstätten Liechtenstein, wonach die Regierung eine massive Kürzung des Staatsbeitrags für das Jahr 1995 vorgenommen habe, wird in einer «Entgegnung» entgegen den Tatsachen als unrichtig bezeichnet: «Diese Aussagen entsprechen nicht den Tatsachen und können nicht unwidersprochen bleiben».

Befremdend an der Aktion der Regierungsrätin ist, dass sie nicht selbst eine Erklärung abgibt, sondern das Presse- und Informationsamt mit einer «Entgegnung» beauftragt. Entgegen den üblichen Abmachungen, wonach die Koalitionsre-

Der Erklärungsnotstand der Frau Willi

gierung nur Mitteilungen über Presseamt und Landeskanal veröffentlichen lässt, die wenigstens von je einem FDP- und VU-Regierungsratsmitglied gezeichnet ist, liess die VU-Regierungsrätin offensichtlich in eigener Regie – wie wir auf Anfrage erfahren haben – die seltsame Rechtfertigung veröffentlichen.

Befremdend wirkt ferner, dass diese «Entgegnung» auch im Landeskanal erscheint, womit der Eindruck erweckt wird, als ob das VOLKSBLATT etwas aus der Luft gegriffen habe.

Unerklärlich ist, warum Regierungsrätin Dr. Andrea Willi eine «Entgegnung» verbreiten lässt, obwohl die Sachlage vom Verein schriftlich einer ganzen Reihe von Institutionen dargelegt wurde. Vorstandsmitglieder des Vereins bestätigten nach der «Entgegnung» der Regierungsrätin nochmals die Richtigkeit ihrer Darstellung.

Unvorstellbar ist, wie die Regierungsrätin gemäss Aussagen von Vorstandsmitgliedern nachträglich erklären kann, der im Budget 1995 vorgesehene Staatsbeitrag an den Verein bilde lediglich eine «Akontozahlung». Weiss sie nicht, wie bindend die Budgetierung ist oder will sie sich einfach herausreden?

Wir warten auf Erklärungen auf die offenen Fragen. Günther Meier

Umweltverbände für Neat-Netzvariante

Bern (AP) Fünf führende Schweizer Umweltorganisationen fordern den Bau der Neat gemäss Volksbeschluss. Finanziert werden soll die Alpenbahn mit einem zweckgebundenen Treibstoffzuschlag von 20 Rappen sowie Beiträgen aus der Mineralölsteuerkasse, teilten sie am Freitag mit. Unter gewissen Bedingungen stimmen sie einer Staffelung des Grossprojekts zu. Der Verkehrs-Club der Schweiz, der Schweizerische Bund für Naturschutz, die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, die Naturfreunde Schweiz und der WWF Schweiz halten grundsätzlich am ganzen Netzvariantenprojekt mit den Achsen Gotthard und Lötschberg fest, wie sie schreiben. Eine allfällige Staffelung habe gemäss ökologischen und wirtschaftlichen Überlegungen zu erfolgen; abgeklärt werden müssten auch die Kapazitätsanforderungen zu verschiedenen Zeitpunkten im Zusammenhang mit den Alpentunnelprojekten der Europäischen Union.

Nicht akzeptabel ist für die Umweltorganisation eine zeitliche Staffelung von Tunnelbauten und Ausbau der Zufahrtstrecken. Bei dieser Lösung würden Regional- und Schnellzüge massiv von den Zulaufstrecken verdrängt. Besonders wichtig für eine gute Integration der Neat in das Konzept Bahn und Bus 2000 sei der Bau eines neuen Jura-Tunnels, der beiden Achsen diene.

Klar ist für die fünf Verbände, dass selbst bei Beschränkung auf eine Achse eine Zusatzfinanzierung notwendig ist.

AKTUELL

«Heikle Informationsbeschaffung» erlaubt

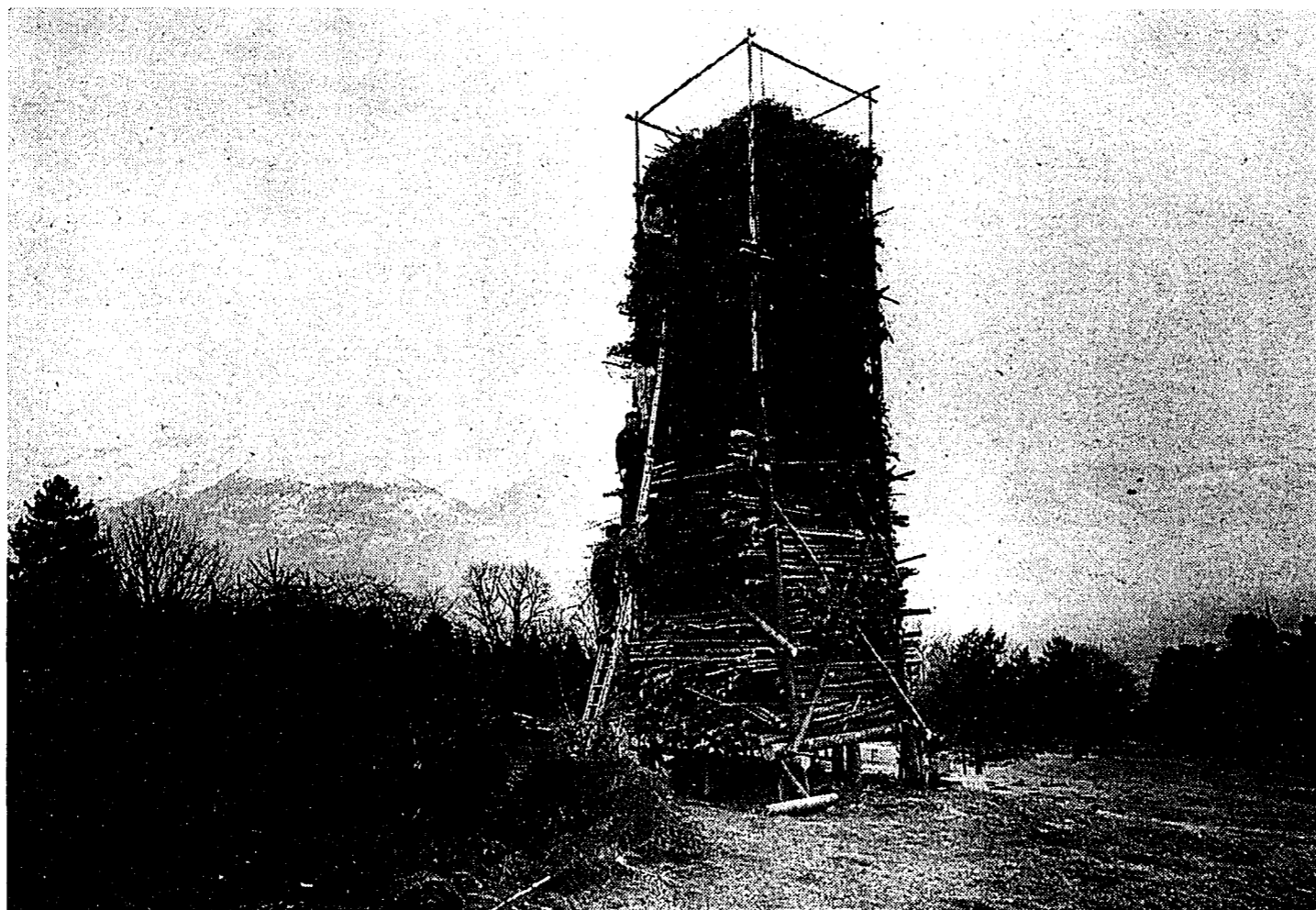
Bern (AP) Die Sicherheitsorgane sollen bei Personenüberprüfungen auch besonders heikle Daten beschaffen dürfen. Die Rechtskommission des Ständerates hat einem der Kernartikel des neuen Staatsschutzgesetzes mit zwölf gegen zwei Stimmen zugestimmt. Gemäss der gutgeheissenen Bestimmung können Daten beschafft werden, ohne dass die betroffene Person davon etwas erfährt. Zulässig ist auch das Erstellen von sogenannten Persönlichkeitsprofilen. Erlaubt ist im Rahmen des Staatsschutzes auch die direkte Überwachung einer Person und ihrer Kontakte.

Mehr als 25 000 Jahre Dienst geleistet

Bern (AP) Die Angehörigen der Schweizer Armee haben 1994 über 25 000 Jahre Dienst geleistet. Im Vergleich zum Vorjahr waren elf Prozent weniger Personen zum Dienst aufgeboden, wie das EMD am Freitag mitteilte. Die Ausgaben der Truppe sanken dementsprechend um einen Fünftel auf 294 Millionen Franken. Die Hälfte der Truppe benützte zum Einrücken regelmässig öffentliche Verkehrsmittel. Im vergangenen Jahr leisteten 313 099 Schweizer und Schweizerinnen Militärdienst, 37 524 oder fast elf Prozent weniger als 1993.

Morgen Abend wird der Winter ausgetrieben

Nach traditionellem Brauch findet morgen der Funkensonntag statt – Funken in allen Gemeinden



Morgen Sonntag wird im ganzen Land wieder einer alten Tradition gefrönt. Nach altem Brauch findet jeweils am ersten Sonntag nach Ablauf der Fasnacht der Funkensonntag statt, an dem der Winter mit einem kräftigen Feuer vertrieben wird. Für jung und alt ist dieser Anlass vielfach ein Freudentag. Die meist auf Anhöhen stehenden Funken sind weitherum zu sehen und verkünden das Ende des Winters. Funken werden morgen Abend in allen Gemeinden des Landes angezündet, ausser in Gamprin, wo er heute Abend schon brennen wird. (Archivbild)